






3. Teilhabe für alle statt Armut für viele

Die Forderungen des SoVD NRW

Prekäre Beschäftigungsformen müssen zurückgedrängt werden. Arbeitslose Menschen müssen in der Regel von der **Arbeitslosenversicherung** abgesichert werden. Die **gesetzliche Rentenversicherung** muss wieder Lebensstandards im Alter absichern und zu einer Erwerbstätigenversicherung fortentwickelt werden. Die systemfremden Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten sind unverzüglich abzuschaffen. Die **Grundsicherung** muss sachgerecht bemessene, bedarfsdeckende Leistungen anbieten. Auch für Asylsuchende ist die menschenwürdige Existenz ab Beginn ihres Aufenthalts in Deutschland zu sichern. Im ÖPNV müssen flächendeckend **Sozialtickets** angeboten werden, die auch für Bezieher von Grundsicherung und andere Menschen mit geringen Einkommen bezahlbar sind.

Antworten der Parteien

	<ul style="list-style-type: none"> -Überprüfung der Ausnahmen beim Mindestlohn und Abschaffung sachgrundloser Befristungen -Ausweitung der Arbeitslosenversicherung auf Selbstständige und Ausbau eines „Sozialen Arbeitsmarkts“ - Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente abschaffen - flächendeckendes Sozialticket durch Verankerung im ALG II
	<ul style="list-style-type: none"> -Mini-Jobs sollen reguläre Arbeitsverhältnisse nicht ersetzen - Keine Stellungnahme zur Rentenpolitik wegen Zuständigkeit des Bundes - keine Grundsicherung für Asylsuchende
	<ul style="list-style-type: none"> -prekäre Beschäftigungsverhältnisse eindämmen -öffentliche Infrastrukturen sozialer Teilhabe ausbauen -unbürokratische, armutsfeste und sanktionsfreie Grundsicherung
	<ul style="list-style-type: none"> -Keine gesetzliche Beschränkung prekärer Beschäftigung - „liberales Bürgergeld“ als Zusammenfassung vieler Sozialleistungen -Stärkung der freiwilligen Altersvorsorge; keine Kranken-/Pflegeversicherungsbeiträge auf Betriebsrenten
	<ul style="list-style-type: none"> -teilt die Forderungen des SoVD -Anhebung des Mindestlohns auf 12 € - repressionsfreie Mindestsicherung

Fazit: Vor allem Grüne und Linke stimmen den Forderungen des SoVD NRW nach Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und nach bedarfsdeckenden Grundsicherungsleistungen zu. Die Forderung des SoVD NRW, wonach arbeitslose Menschen in der Regel wieder von der Arbeitslosenversicherung abgesichert werden müssen, findet nur wenig Resonanz